

„Das war politischer Betrug!“

Die Professoren Welfens und Knipping lassen den „Donner der Weltgeschichte“ durchs Elberfelder Finanzamt rollen

Von Siegfried Jähne mit Fotos von Sebastian Jarych

„Ich habe den neuen Europäischen Fiskalpakt zur Disziplinierung der Haushalte nicht auf Anhieb verstanden.“ Der das sagte, ist kein Geringerer als der renommierte Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen und Inhaber des Lehrstuhles für Makroökonomie an der Bergischen Universität Wuppertal, Professor Dr. Paul J. J. Welfens. So geschehen in seinem Vortrag zum Thema „Staatschuldenkrise in der EU und in der Euro-Zone“, und zwar ausgerechnet am Aschermittwoch und ausgerechnet im Elberfelder Finanzamt. Der Tagungsort, so befand Mitorganisator Dr. Georg Eckert, sei bewusst wegen des historischen Zusammenhangs von Staatschulden, Staatsverwaltung und ihrer Finanzverwaltung gewählt worden. Das Ganze wohl eingebettet in eine aktuelle Vortragsreihe zur Staatsverschuldung mit dem zur Finanzgeschichte beziehungsreichen Obertitel „Donner der Weltgeschichte“. Schließlich habe die Staatsverschuldung, so die Veranstalter rechtfertigend, den modernen Staat überhaupt erst geschaffen.

Mit dem Eingeständnis Welfens' zum eigenen fehlenden Verständnis der Fortschreibung der EU-Konvergenzkriterien wurde einmal mehr deutlich, dass alle Vorurteile zu dem seit Januar dieses Jahres geltenden SKS-Vertrag nicht aus der Luft gegriffen sein können und eine härtere Bestrafung der Defizitsünder wie Griechenland illusorisch ist. Dies wird bereits aus der Tatsache deutlich, dass die vorgesehenen Zwangsgelder maximal 0,1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmachen können, als Sanktions-Instrument schon von daher völlig ungeeignet.

Keine ermutigende Perspektive, zumal der Blick des emeritierten Historikers Franz Knipping („Krisen, wohin man schaut...“) in die noch junge Historie der europäischen Integration zeigte, wie sehr die Rechts- und Wertegemeinschaft Schaden genommen hat. So hätten bereits die

Debatten um die deutschen und französischen Haushaltsdefizite die Wirksamkeit der Stabilitätskriterien in den Jahren 2003 und 2004 mehr als in Frage gestellt. Fataler noch aber sei der ganz offenkundige politische Betrug der Griechen zu werten, so Knipping. Sie hatten 2009 eine vierprozentige Defizitquote nach Brüssel gemeldet, der jedoch ein Ist-Wert von 15,6 Prozent entgegen stand.



Professor Welfens:
Die Kanzlerin baut
indirekt im Ausland
ein Feindbild auf.

Schlimm fand Professor Welfens die Reaktion der EU-Kommission dazu – es gab nämlich keinerlei öffentliche Verurteilung: „Welch eine Einladung für hilfeschuchende Nachahmer, die dann ja auch gerne angenommen wurde.“

● **Wie Irland einfach die Bankenaufsicht ignorierte**

Etwa bei der Irland-Krise: 2010 verzeichnete man dort eine Defizitquote von 31 Prozent und überschritt damit die erlaubte Obergrenze um das Zehnfache. Zwei Drittel davon resultierten aus den staatlichen Bankenrettungskosten. Irland hatte, so Welfens, jahrelang keine der EU-Bankenaufsichtsregeln realisiert. Noch 2006 hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) den Iren gesunde Banken attestiert, obwohl die damals schon sterbenskrank waren. Ähnliche Fehler gab es bei der Bewertung Schweizer und griechischer Banken, ohne dass auch nur ein EU-Mitglied eine Reform des IWF gefordert hätte.

„Die Vertragsparteien, deren Währung der Euro ist, verpflichten sich, Ratsbeschlüsse im Rahmen des Defizitverfahrens anzunehmen, es sei denn, eine qualifizierte Mehrheit von ihnen ist dagegen.“ Unter anderem dieser Passus des Vertrages zur Stabilität, Koordination und Steuerung in der Wirtschaft- und Währungsunion vom 2. März 2012, in Kraft getreten am 1. Januar 2013, sorgt für Unverständnis.

Eine fatale Ausgangslage für den jahrhundertlang zersplitterten Kontinent, von dem Professor Knipping meinte: „Europa kann nicht funktionieren, wenn alle nur Nutznießer sein wollen, ohne etwas zu geben.“ Dabei geht es nach dem Verständnis von Welfens nur, wenn die Bereitschaft besteht, auf nationale Souveränität zu verzichten – was insbesondere den Ost-Europäern angesichts der soeben erst gewonnenen Unabhängigkeit schwer falle. Allein aber eine „politische Union“ mit den Inhalten Infrastruktur, Militär, Forschung und Energie statt intransparenter Euro-Gipfel schaffe nachhaltige Zukunftsfähigkeit. Dazu gehöre auch, dass ein Europäisches Parlament eigene Steu-



Professor Knipping: Krisen, wohin man schaut.

ererhebung und Eurobonds durchsetzen können müsste. Derzeit fließen nur rund ein Prozent der Staatsquote in den gekürzten Europäischen Haushalt. Würde man etwa fünf Prozent ansetzen und bisherige nationale Budgets mit dem Ziel einer supranationalen Politik entlasten, könnte es zum Beispiel gelingen, die ambitionierten Ziele wie Wirtschaftsförderung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit grenzüberschreitend zu verwirklichen, so Welfens: „Jugendarbeitslosigkeitsquoten von 60 Prozent hält die Gemeinschaft nicht durch, es wird zu erheblichen Verwerfungen kommen!“

● **Griechische Reeder zahlen immer noch keine Steuern**

Schlechte Noten bekommt von Welfens auch die deutsche Politik mit ihrem „unprofessionellen Krisenmanagement“: „Es kann doch nicht sein, dass Entscheidungen, die heute völlig ausgeschlossen werden, in einem halben Jahr beschlossen werden und man dieses dann ‘Politik auf Sicht’ nennt. Wir geben zu viel, ohne die richtigen Forderungen zu stellen.“ Hierzu nur das Beispiel Griechenland, wo es bisher immer noch nicht gelungen sei, eine akzeptable Privatisierungsquote zu erreichen und wo Reeder immer noch per Gesetz steuerfrei seien. „Das ist doch eine regelrechte Privatisierungsverweigerung, wenn in den letzten drei Jahren von 350 Milliarden Euro Staatsvermögen nur ganze 1,5 Milliarden privatisiert worden sind!“

Fehlerhaft sei es auch, wenn sich die deutsche Kanzlerin als Sprachrohr für ganz Europa hinstelle und damit die Aufgabe der europäischen Institutionen übernehme. So komme es in den Krisenstaaten zu einem völlig unangebrachten Feindbild.

Europa habe eine Chance, wenn man die Dimensionen begreife und die Größenordnungen der Rettungsschirme in eine richtige Relation zu den jeweiligen Staatsvermögen setze. So liegen die deutschen Risiken aus Haftung nach Welfens derzeit bei lediglich drei bis vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes (2.500 Milliarden Euro im Jahr 2011). Dabei verschwieg er nicht, dass es andere als seine Sichtweisen gebe, die die Risiken für den deutschen Steuerzahler auf gigantische 30 Prozent des BIP beziffern – Sinn/Ifo & CESifo. Unklarheit in solch wichtigen Fragen – auch ein Teil unserer Realität...

Geschätzte Staatsverschuldung 2012	
(in Prozent des Bruttoinlandsproduktes)	
1. Japan	238 %
2. Griechenland	189 %
7. Italien	121 %
9. Irland	115 %
10. Portugal	112 %
13. USA	105 %
17. Frankreich	89 %
20. Deutschland	82 %